

# Entschlossen. Für unser MV!

**Thomas**  
de Jesus Fernandes, MdL



## Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk

+++ ÖRR - Ohne Reform wächst der Widerstand +++

Einer Umfrage zufolge wächst innerhalb der Bevölkerung der Unmut über den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk. Gleichzeitig steht eine Erhöhung der GEZ auf 18,94 Euro im Raum.

In der Bundesrepublik Deutschland agiert mit 9 Milliarden Euro jährlich der bestbezahlteste Öffentlich-Rechtliche Rundfunk der Welt. Ihrem eigentlichen Auftrag kommen ARD, ZDF & Co. allerdings kaum bis gar nicht mehr nach und wenn, dann meist einseitig und oder mit politischem Framing. Politisch ausgewogene oder gar rein objektive Sendeformate ohne muss man mit der Lupe suchen. Eine Frechheit daher, den Bürgern auch noch fast 19,00 € abknöpfen zu wollen.

Doch die politische Einseitigkeit kommt nicht von ungefähr. So ist der Verwaltungsrat des ZDF mehrheitlich mit SPD- und CDU-Funktionären besetzt.



Der Mitarbeiterschaft der Öffentlich-Rechtlichen wird immer wieder eine Nähe zu linkspolitischen Positionen nachgewiesen und öffentliche Aussagen von Journalisten belegen dies ebenfalls eindrucksvoll. Natürlich waren die Interviewpartner während der bundesweiten Proteste „gegen rechts“ regelmäßig und zufällig SPD- und Grünen-Mitglieder.

Kein Wunder also, dass einer objektiv-kritischen Auseinandersetzung mit der Ahrtal-Katastrophe, den Corona-Maßnahmen oder der generellen Kritik am ÖRR kaum Sendezeit eingeräumt wird.



## Ein Aufruf zum Schutz unserer Kinder

+++ Scharfe Kritik am „Selbstbestimmungsgesetz“ +++

Die Verabschiedung des sogenannten Selbstbestimmungsgesetzes durch die Ampelkoalition hat eine Welle der Entrüstung ausgelöst. Wir werfen der Regierung vor, mit diesem Gesetz von bewährten Konventionen und dem naturwissenschaftlichen Konsens abzurücken, insbesondere hinsichtlich des Schutzes der Kinder. Kinder sollten in der Familie und der Obhut der Eltern sicher aufwachsen und sich entwickeln können.



Doch das neue Gesetz ermöglicht es Kindern und Jugendlichen, während der sensiblen Phase der Pubertät Entscheidungen zu treffen, die ihre geschlechtliche Entwicklung unumkehrbar beeinflussen könnten – bis hin zur Nutzung von Pubertätsblockern, die als eine Form der Selbstverstümmelung angesehen werden.

Die Ampel-Koalition, unterstützt von der FDP, wird beschuldigt, die Gesellschaft einem Experiment auszusetzen, welches das Wohl unserer Kinder bedroht und Eltern ihrer Rechte beraubt. Das Gesetz könnte eine potenzielle Ursache für lebenslanges Leiden, Depressionen und Suizidgedanken bei jungen Menschen darstellen.

Die Verabschiedung dieses Gesetzes stellt eine Abkehr von der notwendigen Schutzverantwortung für Kinder dar. Die drastischen Konsequenzen für das Wohl der Kinder und der Verlust elterlicher Rechte im Namen einer Ideologie machen fassungslos.

Der Grad der Absurdität wird nur noch deutlicher, wenn man die Möglichkeit der Eintragung jährlich wechselbarer Geschlechtsbezeichnungen in behördliche Dokumente wie Pass und Personalausweis bedenkt. Als Partei der Vernunft und der empirischen Wissenschaft bleiben wird dabei: Es gibt nur zwei Geschlechter und diese sind biologisch und kein gesellschaftliches Konstrukt!

## Die AfD-Fraktion fordert Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufarbeitung der Corona-Politik der Landesregierung M-V

Die AfD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern steht entschlossen für Transparenz und Verantwortung ein. Angesichts der schwerwiegenden Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Gesundheit unserer Bürger, die Gesellschaft und die Wirtschaft unseres Landes ist eine umfassende Aufklärung der politischen Entscheidungen unserer Landesregierung von höchster Dringlichkeit.



Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist der einzig angemessene Weg, um diese Fragen umfassend zu klären und das Vertrauen der Bürger in die demokratischen Prozesse wiederherzustellen.



# Corona-Impfpflicht für Bundeswehrsoldaten

+++ Ein Missbrauch der Gehorsamspflicht +++

Bundeswehrsoldaten sollen nun als einzige Berufsgruppe auch weiterhin von ihrem Dienstherren verpflichtet werden, eine stark risikobehaftete mRNA-Impfung dulden zu müssen. Verweigerern drohen Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Entlassung aus dem Dienstverhältnis.

Es ist ein Novum, dass eine einzige Berufsgruppe hier der Willkür ihres Dienstherren ausgesetzt bleibt, obwohl gerade nach den RKI-Protokollen und den bekannt gewordenen Impfschäden eine Impfpflicht geradezu grotesk erscheint.

Die Beibehaltung der Impfpflicht für Soldaten ist eine Übergriffigkeit des Staates auf die Freiheit der Soldaten und vor allem auf ihre Gesundheit.

Es ist weiterhin kritisch zu beurteilen, dass die Wirksamkeit der mRNA-Impfungen in Bezug auf einen effektiven Eigenschutz sowie einen Fremdschutz, also die Verhinderung der Ansteckung anderer, nicht belegt werden konnten. Diese Tatsache wirft Fragen hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit der Impfpflicht auf, besonders unter Berücksichtigung des grundlegenden Rechts jedes Soldaten auf körperliche Unversehrtheit. Selbst in einer Berufsgruppe, die einem besonderen Maß an Disziplin und Gehorsam unterliegt, darf dieses fundamentale Recht, verankert in Artikel 2 Absatz 2 des Grundgesetzes, nicht leichtfertig übergangen werden.



Obwohl die Gehorsamspflicht streng ist, muss der Dienstherr Einwände der Soldaten gegen bestimmte Maßnahmen, einschließlich Impfungen, angemessen berücksichtigt werden. Denn nicht einmal die STIKO selbst empfiehlt für gesunde Erwachsene unter 60 Jahren ohne bestehende Basisimmunität derzeit jährliche Auffrischungsimpfungen. Impfandrohungen, die aufgrund epidemiologischer Lagen nicht mehr verhältnismäßig sind, müssen als unverhältnismäßig und damit als missbräuchliches Handeln des Dienstherrn gewertet werden. Denn der Schutz der Gesundheit der Soldaten ist oberste Dienstherrnenpflicht. Eine weitere Impfverpflichtung stellt per se einen Missbrauch dar und sollte umgehende Konsequenzen für Minister Pistorius haben. Soldaten, welche bereits einen Impfschaden erlitten haben, müssen umfassend entschädigt werden.

### **Thomas der Jesus Fernandes**

Stellv. Fraktionsvorsitzender

Mitglied d. Landtages M-V, Alternative  
für Deutschland

Web: [www.de-jesus-fernandes.de](http://www.de-jesus-fernandes.de)

Mail: [Thomas.Fernandes@afd-fraktion-mv.de](mailto:Thomas.Fernandes@afd-fraktion-mv.de)

Twitter: @MdLFernandes

Telegram: @ThdeJF

Wahlkreis-Büro:

Rosa-LuxemburgStr. 16a

17192 Waren

Tel.: 03991 1480711